

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

20. - 26. Januar 2024

In einer in großen Teilen auf Deutsch gehaltenen Rede beim Trauerstaatsakt für Wolfgang Schäuble würdigte Staatspräsident Emmanuel Macron den verstorbenen CDU-Politiker. „Deutschland hat einen Staatsmann verloren. Europa hat eine Säule verloren. Frankreich hat einen Freund verloren.“ Macron hob Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft hervor; die Tatsache, dass Wolfgang Schäuble sich gewünscht habe, dass bei seiner Trauerfeier ein Franzose rede, sagte viel aus über das Vertrauen zwischen diesen Ländern, über ihre Geschichte und Zukunft, so Macron.

Die fehlenden Regierungsmitglieder werden nach der politischen Grundsatzerklärung des Premierministers Gabriel Attal am 30. Januar vor der Nationalversammlung ernannt, so Regierungssprecherin Prisca Thevenot. Emmanuel Macron hatte am 11. Januar ein erstes, engeres Regierungsteam von 14 Ministern ernannt, das noch durch stellvertretende Minister und Staatssekretäre ergänzt werden muss.

Die Nationalversammlung hat am 24. Januar beschlossen, den Mandatskostenvorschuss (AFM) der Abgeordneten um etwas mehr als 300 Euro pro Monat zu erhöhen und begründete dies mit der Inflation, wie aus Parlamentsquellen zu erfahren ist. Die Entscheidung, den AFM von 5.645 Euro auf 5.950 Euro (+5,4%) pro Monat zu erhöhen, wurde vom Präsidium, dem höchsten Gremium der Nationalversammlung, mit der Unterstützung aller zum Zeitpunkt der Abstimmung anwesenden Fraktionen getroffen, mit Ausnahme der Partei La France insoumise, die sich der Stimme enthielt.

Wirtschaftsminister Bruno Le Maire kündigte am 21. Januar an, dass Stromrechnungen am 1. Februar je nach Vertrag zwischen 8,6% und 9,8% steigen werden. Konkret wird diese neue Erhöhung laut einer Mitteilung des Beratungsunternehmens Asterès einen Anstieg von 93 Euro pro Jahr und Haushalt bedeuten. Die Regierung betonte erneut, dass die Revision des regulierten Stromtarifs, die jedes Jahr am 1. Februar und am 1. August stattfindet, auf eine Erhöhung von maximal 10% beschränkt wird.

Senatspräsident Gérard Larcher lehnt die Aufnahme des Schwangerschaftsabbruchs in die Verfassung ab, da das Recht auf Abtreibung in Frankreich nicht bedroht sei. Während der Gesetzentwurf, der die „garantierte Freiheit“ der Frauen, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, in der Verfassung verankern soll, sprach sich Larcher gegen eine solche Änderung aus, da das Grundgesetz „kein Katalog sozialer und gesellschaftlicher Rechte“ sei. Vor einer möglichen Verabschiedung der Grundgesetzänderung durch den Kongress (aus Abgeordneten und Senatoren), der Anfang März stattfinden könnte, wenn eine Dreifünftelmehrheit zustande kommt, muss der vorgelegte Entwurf für eine Verfassungsänderung zunächst von der Nationalversammlung und dem Senat in gleichem Wortlaut verabschiedet werden. Die Debatte in der Nationalversammlung hat am 24. Januar begonnen.

Innenminister Gérald Darmanin hat am 22. Januar angekündigt, dass rund 100 Polizisten und Gendarmen (darunter auch Mitglieder der Spezialeinheit GIGN) die Olympische Flamme schützen werden. 18 Polizisten sind mit dem „Nahschutz“ des Staffelläufers beauftragt. Die größte Gefahr geht laut Gérald Darmanin von „ultralinken Umweltkollektiven“ wie „Saccage 2024“ und „Dernière Rénovation“ aus. Aktuell gäbe es keine ultrarechten Bestrebungen, so Darmanin. Der olympische Fackellauf beginnt am 8. Mai in Marseille und endet am Tag der Eröffnungsfeier der Spiele am 26. Juli in Paris.

Bei den in Frankreich andauernden Bauernprotesten sind zwei Personen zu Tode gekommen. Die Landwirtin und ihre Tochter hatten sich hinter einer Blockade aus Stroh befunden, als ein Autofahrer versuchte, die Straßensperre zu durchbrechen. In Südfrankreich dauern die Blockaden mehrerer Autobahnen nach Angaben der Behörden weiter an; am 26. Januar wurden auch Autobahnen des Pariser Großraumes blockiert. Auch der Bahnverkehr zwischen Bordeaux und Toulouse wird durch protestierende Landwirte weiterhin behindert. In einer Vermerk der französischen Geheimdienste an die Regierung wird vor der Gefahr einer Entgleisung der Bauernproteste gewarnt. Die Geheimdienste empfehlen unter anderem, die Erhöhung des Dieselmotors für nicht für den Straßenverkehr bestimmte Fahrzeuge zurückzunehmen, um die Gemüter zu beruhigen.

Der Verfassungsrat hat am 25. Januar mehr als ein Drittel des Einwanderungsgesetzes zensiert. 32 Artikel werden als nicht ausreichend mit dem Text verbunden angesehen, darunter die Verschärfung des Zugangs zu Sozialleistungen, der Familienzusammenführung oder die Einführung einer "Rückkehrkaution" für ausländische Studierende. Drei weitere Artikel wurden teilweise oder vollständig aus inhaltlichen Gründen zensiert, darunter die Einführung von Migrationsquoten, die vom Parlament festgelegt werden. Innenminister Gérald Darmanin erklärte, dass der Verfassungsrat „den gesamten Text der Regierung bestätigt hat“ und verwies auf die Zensur zahlreicher Maßnahmen, die während der parlamentarischen Verhandlungen hinzugefügt wurden. Der Vorsitzende des Rassemblement National, Jordan Bardella, beklagte seinerseits „einen Putsch der Richter mit der Unterstützung des Präsidenten der Republik“. Der Vorsitzende der Républicains, Eric Ciotti, fordert eine Verfassungsreform, die „mehr denn je unerlässlich ist, um die Zukunft Frankreichs zu sichern“.

An den Demonstrationen gegen das Einwanderungsgesetzes nahmen in Frankreich nach Angaben des Innenministeriums am 21. Januar 75 000 Personen teil, nach Angaben der Gewerkschaft CGT 150 000. Der Aufruf zu den Demonstrationen wurde von 201 Persönlichkeiten, darunter Künstler und Gewerkschaftsakteuren initiiert. Am Demonstrationstag in Paris nahmen laut Polizei 16.000 Personen teil.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Marine Le Pen hat am 25. Januar die Alternative für Deutschland (AfD) gewarnt, die Pläne zur „Remigration“ von Ausländern und „nicht assimilierten Deutschen“ könnten die gemeinsame Fraktion im Europäischen Parlament in Frage stellen. Sie verteidigte „alle Franzosen, unabhängig davon, wie sie die Staatsbürgerschaft erworben haben.“

Die französische Europaabgeordnete Valérie Hayer (Renaissance) wird die neue Vorsitzende der Renew-Fraktion im Europäischen Parlament. Sie ersetzt Stéphane Séjourné, der am 11. Januar zum französischen Außenminister ernannt wurde.

3	8	4	7
5	0	2	6
7	4	3	1
9	8	9	2
2	0	1	6

DIE ZAHL DER WOCHE

Die Zahl der antisemitischen Taten ist im vergangenen Jahr in Frankreich auf 1676 Taten angestiegen, verglichen mit 436 im Vorjahr, so ein Bericht des Repräsentativen Rates der Jüdischen Institutionen in Frankreich Crif. In sechs von zehn Fällen (57,8%) handelt es um Angriffe auf Personen (körperliche Gewalt, verbale Bedrohungen) und 12,7% der Taten fanden im schulischen Umfeld statt, so der Crif, der in dem Bericht Zahlen zitiert, die „vom Innenministerium und dem Dienst zum Schutz der jüdischen Gemeinschaft (SPCJ)“ erfasst wurden.“